Number 83 / 2014
Working Paper Series
by the University of Applied Sciences bfi Vienna

FACHHOCHSCHULE DES BFI WIEN

Zur Verknüpfung von postkeynesianischen und kritischen politökonomischen Perspektiven zur Analyse von Krisen

Dezember 2014

Johannes Jäger
Fachhochschule des bfi Wien

Katharina Mader
Wirtschaftsuniversität Wien

Elisabeth Springler
Fachhochschule des bfi Wien

Gefördert von

MA23 Wirtschaft, Arbeit Statistik

StaDt+Wien

ISSN 1995-1469

Hinweis des Herausgebers: Die in der Working Paper Serie der Fachhochschule des bfi Wien veröffentlichten Beiträge enthalten die persönlichen Ansichten der AutorInnen und reflektieren nicht notwendigerweise den Standpunkt der Fachhochschule des bfi Wien.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 5
2. Kritische Politische Ökonomie und postkeynesianische Perspektiven 5
3. Krise und ungleiche Entwicklung 8
4. Krise aus AkteurInnenperspektive und Genderaspekte 10
5. Schlussfolgerungen 12
6. Literatur 14

Abstract

Das vorliegende Paper gibt einen kurzen Überblick über die Unzulänglichkeiten der orthodoxen Theorieansätze zur europäischen Integration und deren Analyse der europäischen Krise. Wir zeigen, wie sich die heterodoxen Perspektiven der Kritischen Politischen Ökonomie und des Postkeynesianismus unterscheiden und wie sie kombiniert werden können, um die Wurzeln und die Dynamiken der Krise besser zu verstehen. Dabei fokussiert der Beitrag auf die Auswirkungen ungleicher Entwicklung und auf die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie in der Krise. Auf der einen Seite zeigen wir, dass der Postkeynesianismus nützlich ist, um spezifische ökonomische Systeme und die Implikationen von Wirtschaftspolitiken und anderen institutionellen Konstellationen zu analysieren. Auf der anderen Seite ziehen wir den Schluss, dass die Kritische Politische Ökonomie eine gesellschaftstheoretische Perspektive beim Blick auf Wirtschaft und Politik ermöglicht. Dies ist für Veränderungsstrategien sowie für Wege aus der Krise aus dem Blickwinkel bestimmter gesellschaftlicher Interessengruppen essenziell. Überdies wird der hier vorgestellte Zugang einer gesellschaftstheoretischen Herangehensweise um eine geschlechterkritische Perspektive ergänzt.

1. Einleitung

Die aktuelle Krise in Europa (der Umfang des Begriffes „Krise“ wird im Abschnitt 3 erläutert) hat deutlich gemacht, dass Mainstream-Ansätze in den Wirtschaftswissenschaften allenfalls sehr bedingt geeignet sind, um Dynamik und Stabilität wirtschaftlicher Entwicklung adäquat verstehen zu können. In diesem Paper versuchen wir daher, zentrale alternative wirtschaftswissenschaftliche Herangehensweisen und deren Sichtweisen auf Wachstum und Krise darzulegen. Wir argumentieren, dass eine Kombination von Ansätzen der Kritischen Politischen Ökonomie sowie des Postkeynesianismus eine systematische Beschreibung der ökonomischen und politischen Dimensionen der Krise ermöglicht. Obgleich mit beiden Ansätzen die Asymmetrien und ungleiche Entwicklung erfasst werden können, ist die Heterogenität in Europa eine oft weitgehend vernachlässigte Dimension der Analyse. Die jüngste Krise hat gezeigt, dass dies eine wesentliche Dimension wäre, um die Dynamik der europäischen Entwicklung und Integration besser zu verstehen. Überdies werden unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, Klassen sowie Männer und Frauen von der Krise sowie von Krisenbewältigungsstrategien sehr unterschiedlich erfasst bzw. spielen auch in der Politikformulierung eine unterschiedliche Rolle. Die Perspektive auf unterschiedliche StakeholderInnen wird insbesondere durch einen Fokus auf unterschiedliche Klassen sowie im Zuge einer geschlechterkritischen Herangehensweise berücksichtigt.

2. Kritische Politische Ökonomie und postkeynesianische Perspektiven

Die Mängel der Mainstream-Literatur im Bereich der europäischen Integrationsforschung sind sehr gut dokumentiert (vgl. Van Apeldoorn et al. 2009, Nousios et al. 2012: 9ff). Während die europäische Integration seit den 1970er Jahren zunehmend eine neoliberale Form angenommen hat, die mit Hilfe der neoklassischen Wirtschaftstheorie gerechtfertigt wurde, sind seit den 1970er Jahren ständig sinkende Wachstumsraten zu verzeichnen (vgl. Cafruny/Ryner 2007). Selbst zu seinen eigenen Bedingungen, und zwar in Bezug auf das Wirtschaftswachstum, war die neoliberal europäische Integration also kein Erfolg. Darüber hinaus waren bereits die Jahrzehnte vor der Krise von einer Tendenzeines sinkenden Anteils der Arbeitseinkommen und eines steigenden Anteils der Gewinne gekennzeichnet, was wesentlich zur wachsenden Ungleichheit beitrug (OECD 2011a). Im Hinblick auf die wirtschaftliche Krise in Europa geben weder die neoklassische Wirtschaftstheorie noch die konventionellen WissenschaftlerInnen, die sich zur europäischen Integration äußern, sowie die Varieties of Capitalism-Ansätze überzeugende Erklärungen (vgl. Bruff 2011, Ryner 2012). Der hoch orthodoxe Charakter der Literatur zur europäischen Integration scheitert daran, auch nur die Möglichkeit einer Krise zu erkennen (vgl. Ryner 2012). Allerdings soll hier nicht die Mainstream-Literatur im Detail kritisiert werden, sondern es sollen vielmehr alternative Ansätze aufgezeigt werden, die es ermöglichen, Entwicklung und Krise zu analysieren.

Sowohl die Kritische Politische Ökonomie als auch postkeynesianische Perspektiven stellen wichtige Stränge der alternativen bzw. heterodoxen Traditionen in den Sozialwissenschaften dar und liefern eine adäquatere Grundlage für die systematische Reflexion möglicher Wege der künftigen europäischen Entwicklung. Der Mainstream bzw. die orthodoxe Wissenschaft neigen dazu, Machtstrukturen zu reproduzieren. Wie Robert Cox argumentiert, ist die orthodoxe Wissenschaft eher damit befasst, Probleme innerhalb einer bestimmten Gesellschaftsstruktur zu lösen, als diese Struktur zu überwinden oder umzuwandeln (Cox 1981: 128). Dies ist im Falle von kritischer oder heterodoxer Wissenschaft anders:

Heterodoxe Ansätze befinden sich am Rande der etablierten wissenschaftlichen Disziplinen und stehen in der Regel subalternen Gruppen der Gesellschaft, wie beispielsweise sozialen Bewegungen, Gewerkschaften etc. näher.

Die Kritische Politische Ökonomie ist ein wichtiger Strang innerhalb des heterodoxen Denkens. Sie steht in der Tradition der Politischen Ökonomie, inkludiert die Erkenntnisse von Marx und analysiert die Gesellschaft als Ganzes, indem sie einen integrativen Rahmen für die Analyse von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat ermöglicht. Sie kann daher als eine pre-disziplinäre, aber auch als eine post-disziplinäre Perspektive verstanden werden (Jessop/Sum 2001). Im Kern der Kritischen Politischen Ökonomie steht das abstrakte Konzept von gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen und damit eine klassenbasierte Vorstellung von Wirtschaft und Gesellschaft (Jäger/Springler 2012). In der Regel versucht die Kritische Politische Ökonomie, gegebene gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen zu verstehen, zu erklären und zu kritisieren. Sie zielt darauf ab, zu emanzipatorischen Kämpfen beizutragen und Ausbeutung und Machtverhältnisse zu überwinden. Im Zusammenhang mit der Krise werden ihre Ursachen, Dynamiken und Auswirkungen untersucht. Dieser Ansatz sucht nach Bedingungen, die alternative Entwicklungen erlauben, die die spezifischen historischen Arten des Kapitalismus, wie den Neoliberalismus, überwinden können. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Widersprüche des Kapitalismus versucht die Kritische Politische Ökonomie letztendlich, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden. Innerhalb der Kritischen Politischen Ökonomie gibt es zahlreiche spezifischere Theorien, die unterschiedliche Aspekte behandeln. Postkeynesianische Ansätze stehen in der Tradition von Keynes, kombinieren aber auch Elemente der klassischen Politischen Ökonomie, von Marx und von institutionalistischen Ansätzen und kritisieren oft explizit neoklassische Ansätze.

Der Postkeynesianismus ist auch – trotz der Tatsache, dass er oft eine Problemlösetendenz zeigt –Teil heterodoxer Tradition. Seine Überzeugung, dass eine kapitalistische Wirtschaft nicht zur Vollbeschäftigung, sondern zu Stagnation führt und dies die Arbeiter und Arbeiterinnen schwächt, widerspricht völlig den Mainstream-Ansätzen der Ökonomie. Die ersten PostkeynesianerInnen stellten sich gegen die Gleichgewichtsmodellierung von Hicks in seiner Interpretation der „General Theory“. Dennoch gilt diese einflussreiche Arbeit von J. R. Hicks (1937) als die Geburtsstunde der neoklassischen Synthese und führte zum sogenannten „Bastard Keynesianismus“. Dies ist ein Begriff von Joan Robinson (1962: 690), um die Unterscheidung zwischen so genannten Mainstream-ÖkonomInnen und VertreterInnen von alternativen ökonomischen Ansätzen der keynesianischen Tradition zu schärfen (vgl. z.B. Snowdon und Vane 2005). Die frühen PostkeynesianerInnen vereinte jedenfalls ihre Opposition gegen den bestehenden ökonomischen Mainstream, wie sie sich auch in den Cambridge Kontroversen (z.B. King 2002, Kapitel 4) findet. Ihr ökonomisches Denken wird von ihren eigenen ökonomischen Erfahrungen beeinflusst, jedoch auch durch die Verbindungen zu klassischen ÖkonomInnen wie Marx. HauptvertreterInnen in den Cambridge Kontroversen wie Joan Robinson und Piero Sraffa sowie die Werke von Kalecki, beeinflussten den Postkeynesianismus wesentlich und ermöglichten die ökonomische Vielfalt im postkeynesianischen Denken. Dieser Ansatz kritisiert den ökonomischen Mainstream und die neoliberale Wirtschaftspolitik. Er liefert alternative Perspektiven und Erklärungen für Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. Schon Keynes (1930) erwartete in seinem berühmten Aufsatz „Economic Possibilities of our Grandchildren“, dass der liberale Kapitalismus in Stagnation enden würde. Der Adressat des Postkeynesianismus ist „der Staat“, von dem erwartet wird, die Einführung geeigneter Institutionen und Politiken für Wachstum und

Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Neben den Staatsausgaben und einer gerechten Einkommensverteilung (einschließlich eines starken Wohlfahrtsstaates) gelten eine angemessene Geldpolitik und die Regulierung des Finanzsektors als entscheidend für ein stabiles und hohes Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Damit zielt der Postkeynesianismus auf bessere Lebensbedingungen der Arbeitnehmer/innen innerhalb eines reformierten Kapitalismus ab. Für eine solche Reform braucht es eine bestimmte Konfiguration der wirtschaftlichen Institutionen und Politiken, um Wirtschaftskrisen zu vermeiden oder zumindest schnell zu überwinden. In dieser Hinsicht gibt es daher einen zentralen Unterschied in den langfristigen Zielen zwischen der Kritischen Politischen Ökonomie und dem Postkeynesianismus. Während die Kritische Politische Ökonomie einen radikalen Reformismus in der kurzen Frist und die Überwindung des Kapitalismus sowie die Umsetzung einer solidarischen und vernünftigen Gesellschaft (Demirovic 2005) auf lange Sicht anstrebt, ist das übergeordnete Ziel im Postkeynesianismus ein gut funktionierender Kapitalismus, der durch Vollbeschäftigung und einen gut entwickelten Wohlfahrtsstaat gekennzeichnet ist. Im Hinblick auf ihre philosophischen Wurzeln basiert die Kritische Politische Ökonomie auf dem Kritischen Realismus oder auf Philosophien, die diesem relativ nahe sind, wie dem Historischen Materialismus. Auch der Postkeynesianismus fußt auf dem Kritischen Realismus. So haben beide Ansätze einen ähnlichen philosophischen Boden (vgl. Lawson 1999, Brown et al. 2002, Nousios et al. 2012: 258ff.). Aus einer kritischen politökonomischen Perspektive kann der Postkeynesianismus als ein konkreter Ansatz zur Analyse ökonomischer Prozesse an der Oberfläche oder auf Ebene der Preise verstanden werden. Die Analyse der Rolle des Geldes, des Finanzsektors und der Zentralbanken ist in der Regel in der Kritischen Politischen Ökonomie weniger entwickelt, aber für beide Perspektiven wichtig und sie können sich daher in dieser Hinsicht ergänzen (vgl. Evans 2004).

Der Postkeynesianismus legt besonderes Augenmerk auf das Thema des endogenen Geldes (vgl. Davidson 2002) und seine Implikationen für die Akteure und Akteurinnen in kapitalistischen Ökonomien. Während dies in einem ersten Schritt zu einer Spaltung in verschiedene Stränge der Ansichten zu endogenem Geld führte (Lavoie 2006, Dow 2006) sowie zu einer teilweisen Marginalisierung insbesondere eines Teils, des „circuit money approach" (vgl. z.B. Gnos 2006, Realfonzo 2006), erweiterte sich die Diskussion und Forschung in jüngerer Zeit wieder. Das Konzept der Finanzialisierung (vgl. Epstein 2005, Erturk et al. 2008, Lapavitsas 2013) und auch der Regulationsansatz (vgl. Clévenot 2011) stellten sich als wichtige Links heraus, die die Erkenntnisse aus dem Postkeynesianismus und der Kritischen Politischen Ökonomie verbinden. Finanzialisierter oder finanzdominierter Kapitalismus waren die Begriffe, die vor der Krise die Entwicklungen beschrieben (vgl. Stockhammer 2008). Beide Ansätze weisen auch auf die Bedeutung der globalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen und des Euro zur Erklärung der Dynamik der europäischen Integration hin (vgl. Cafruny/Ryner 2007). Darüber hinaus gibt es eine weitere Verbindung zu einem bestimmten Strang des Postkeynesianismus – vor allem der monetären ÖkonomInnen des französischen und italienischen „circuist approach" –, der auf Michal Kalecki und die Kritische Politische Ökonomie zurückgeht. In seinem berühmten Artikel (Kalecki 1943) erklärt er, warum die KapitalistInnen ein strukturelles Interesse an zumindest einem Mindestmaß an Arbeitslosigkeit haben und warum sie einen militärischen Keynesianismus Wohlfahrtsausgaben vorziehen, da dies ihre gesellschaftliche Machtposition stärkt. Beide Stränge beachten jedoch häufig nur rudimentär die Frage von Geschlechtergerechtigkeit (vgl. Van Staveren 2010, Austen/Jefferson 2010), dabei ergeben sich für beide Perspektiven gerade hieraus interessante Fragestellungen.

3. Krise und ungleiche Entwicklung

In der Regel gibt es zwei verschiedene Möglichkeiten, wie sich kritische politische ÖkonomInnen und PostkeynesianerInnen mit der Wirtschaftskrise befassen. Als die Krise als Bankenkrise ausbrach, fokussierten viele WissenschaftlerInnen auf die Probleme im Finanzsektor. Dies hat sich jedoch verändert: Heute weisen viele Ökonomen und Ökonominnen auf die Probleme in der produktiven Ökonomie hin und auch auf die Verbindungen zwischen Produktion und Finanzsektor. Darüber hinaus versuchen sie zu klären, wie der Begriff der Krise, der durchaus unterschiedlich verstanden wird, verwendet werden soll.

PostkeynesianerInnen meinen mit Krise das Fehlen von Wirtschaftswachstum. In der Regel wird Wachstum endogen, pfadabhängig und vor allem durch Investitionen als wesentlicher Faktor der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage getrieben, verstanden (vgl. Setterfield 2001). Bei der Erklärung von Krisen verweist der Postkeynesianismus auf sinkende Investitionen. Dies kann verschiedene Gründe haben: Eine wichtige Ursache ist die Instabilität der kapitalistischen Finanzstruktur (vgl. Minsky, 1992). Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Finanzsektor unterstreicht die Bedeutung dieses Aspekts und brachte wieder mehr Aufmerksamkeit für Minsky. Er konzentrierte sich auf die zunehmende finanzielle Fragilität in Boom-Phasen und wies darauf hin, dass die kapitalistische Finanzstruktur der entwickelten Volkswirtschaften instabil ist – auch in Zeiten, als die Weltwirtschaft boomte, wie beispielsweise in den 1960er Jahren (vgl. Minsky, 1982). Ein Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage kann auch durch mangelhafte institutionelle Rahmenbedingungen verursacht werden, die zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten, wie denjenigen, an denen Europa leidet, führen. Daher ermöglicht der Postkeynesianismus eine sehr spezifische Berücksichtigung der konkreten „Mechanismen“ von Wirtschaftskrisen. Darüber hinaus bietet der Ansatz Perspektiven, um die Auswirkungen von allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wie der Erhöhung der Löhne, Staatsausgaben, Steuern und Zinsen zu analysieren. Die Diskussion der Bedeutung des Staates als Arbeitgeber oder die Forderung nach starken und stabilen institutionellen Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten, um starke wirtschaftlichen Auf- und mit ihnen kausal verbundene Abschwünge zu verhindern, wird von einer Reihe von PostkeynesianerInnen vorgebracht (vgl. z.B. Minsky 2008, Palley 2003, Auerback et al. 2010). Weitere Zugänge von PostkeynesianerInnen reflektieren die zugrundeliegende theoretische Unfähigkeit der Mainstream-Ökonomie und erarbeiten allgemeinere keynesianische Vorschläge wie den „Keynesian New Deal“, die wiederum zu der gesamten wirtschaftspolitischen Veränderung, weg von neoliberalen Instrumenten hin zu keynesianischer Politik führen sollen (vgl. z.B. Hein/Truger 2012/2013). Damit einher geht auch die Bedeutung, die einer internationalen makroökonomischen Koordinierung, kombiniert mit einer Re-Regulierung der Finanzmärkte und einer stärker keynesianischen makroökonomischen Politik beigemessen wird. In diesem Kontext gibt es zahlreiche Vorschläge, die auf die Unzulänglichkeit der Sparmaßnahmen in Zeiten der Wirtschaftskrise fokussieren (vgl. z.B. Kitromilides 2011). Im Zentrum stehen dabei die Auswirkungen der Sparmaßnahmen in Zeiten wirtschaftlicher Not.

In der Kritischen Politischen Ökonomie wird der Begriff Krise in einem deutlich breiteren Sinne verwendet. Erstens bezieht er sich auf Wirtschaftskrisen im Sinne der Abwesenheit von dynamischer ökonomischer Akkumulation. Das Fehlen von Kapitalakkumulation und Wachstum wird insbesondere durch die Regulationstheorie angesprochen (Boyer/Saillard 2002, Jessop/Sum 2006), ebenso wie durch den Social Structure of Accumulation-Ansatz (Kotz 1994, McDonough et al. 2010) – beides wichtige Stränge in der Kritischen Politischen Ökonomie. Während sich der Social Structure of Accumulation-Ansatz sehr stark auf die globale Ebene konzentriert und versucht, die verschiedenen Phasen des Kapitalismus

(Staatskapitalismus, neoliberaler Kapitalismus) zu unterscheiden, konzentriert sich die Regulationstheorie traditionell auf die nationale Ebene und zielt auf die Analyse von Akkumulation und Regulation ab. Ausgangspunkt für den Regulationsansatz war die Frage, warum im Kapitalismus trotz seiner Widersprüche immer wieder stabile Phasen des Wirtschaftswachstums zu beobachten sind. Dies wird durch die Kohärenz eines Akkumulationsregimes mit einer spezifischen Art der Regulation erklärt, die auf strukturellen bzw. institutionellen Formen beruht und Widersprüche temporär einhegt. Überdies werden kleine Krisen und große Krisen unterschieden. Während kleinere Krisen innerhalb einer gegebenen Regulationsweise gelöst werden können, ist – um eine große Krise zu überwinden – ein neues Akkumulationsregime und eine wesentliche Änderung der Regulation notwendig. Schon als die Krise ausbrach, hielten sie RegulationstheoretikerInnen für eine systemische bzw. große Krise (vgl. Guttmann 2008). Zweitens wird der Begriff Krise verwendet, um auf andere Arten von Krisen, wie politische Krisen, ideologische Krisen, soziale Krisen oder ökologische Krisen usw. zu rekurrieren. Die Kritische Politische Ökonomie weist auf mehrere Krisen in der gegenwärtigen Konjunktur hin sowie auf die Vernetzung der verschiedenen Arten von Krisen. Daher gibt es in der Tradition der Kritischen Politischen Ökonomie eine Vielzahl von Erklärungen für eine Krise, mit Fokus auf die unterschiedlichen und miteinander verbundenen Kausalitäten. Die Komplexität wird dabei auf verschiedene Weise reduziert. Auf einer sehr abstrakten Ebene werden Probleme der Akkumulation als die Ursache der Krise verstanden (vgl. Overbeek 2012). Weitere Autoren und Autorinnen weisen auf andere Aspekte hin. Dazu gehören beispielsweise handlungsorientierte Ansätze wie der Neo-Gramscianismus (Bieling 2013). Die Kritische Politische Ökonomie untersucht, wie Diskurse entstehen und welche Rolle sie in politischen Kämpfen spielen. Sie analysiert die Rolle von Staatsapparaten, Politikgestaltung und soziale Kämpfe usw. sowohl in „normalen“ Zeiten als auch in Krisenzeiten. Insgesamt zeichnet sich die Kritische Politische Ökonomie durch einen hohen Grad an Heterogenität aus, was ein Ausdruck der Tatsache ist, dass versucht wird, Komplexität auf unterschiedlichen Wegen zu bearbeiten.

Die Kritische Politische Ökonomie und der Postkeynesianismus thematisieren beide traditionell ungleiche Entwicklung und Asymmetrien. Allerdings neigt der Postkeynesianismus dazu, sich auf den Nationalstaat und die Verbindungen zwischen Nationalstaaten ebenso wie auch auf die Rolle der Nationalstaaten in einem größeren Rahmen, wie der Eurozone, zu konzentrieren. Im Postkeynesianismus wird ungleiche Entwicklung vor allem von Myrdal, Hirschmann und Thrilwall diskutiert. Die räumliche Dimension der Krise wird häufig unter Bezugnahme auf die ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb Europas betrachtet und hauptsächlich anhand von Thirlwall diskutiert (2003: 41). Diese Arbeiten besagen, dass das Wachstum durch die Beschränkungen der Zahlungsbilanz zurückgehalten wird (vgl. z.B. Soukiazis et al. 2013/2014). Permanente Leistungsbilanzdefizite sind ein entscheidender Faktor für das Unterdrücken von Wachstum. Der Mittelfluss aus dem europäischen Norden in den europäischen Süden führte zu erheblichen Ungleichgewichten. Auf der Suche nach der Ursache für die anhaltenden Ungleichgewichte haben sich als Schlüsselfaktoren vor allem divergierende Lohnstückkosten herauskristallisiert. Die Notwendigkeit einer Stärkung der europäischen Koordinierung von Lohnverhandlungen wird noch deutlicher, wenn man die Ergebnisse aus empirischen Studien auf europäischer Ebene berücksichtigt (vgl. Ederer/Reschenhofer 2013). Strukturelle Schwächen und Unterschiede der europäischen Volkswirtschaften werden durch die budgetäre Sparpolitik wie durch die Überschüsse im europäischen Norden – gespiegelt durch die Leistungsbilanzdefizite im europäischen Süden – weiter verschärft. Der Postkeynesianismus kombiniert mit der Forderung nach einem Strukturwandel im Sinne einer stärkeren makroökonomischen Koordinierung Vorschläge zur Verringerung europäischer Ungleichgewichte mit jenen zur Stabilisierung der globalen Finanzmärkte.

Die Kritische Politische Ökonomie hat eine lange Tradition im Umgang mit ungleicher Entwicklung. Sie konzentriert sich in räumlicher Perspektive auf die ungleichen globalen Dimensionen der kapitalistischen Entwicklung und die Perspektiven für die weniger entwickelten oder abhängigen Länder und Regionen (vgl. Jäger/Springler 2012). Die Konzepte von Zentrum und Peripherie sind für das Verständnis von ungleicher Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Generell interagieren Zentrum und Peripherie in einer asymmetrischen Art und Weise. Dies führt zur Entstehung von verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Strukturen im Zentrum und der Peripherie. Laut Kritischer Politischer Ökonomie sollte die Entwicklung im Zentrum nicht ohne Einbeziehung der Analyse der Peripherie und umgekehrt analysiert werden. Zentrum und Peripherie sind nicht nur Konzepte, die auf globaler Ebene angewendet werden, sondern sind auch nützlich, um innereuropäische Entwicklungen aufgrund enormer Unterschiede und sehr asymmetrischer Verbindungen zwischen den verschiedenen europäischen Volkswirtschaften zu diskutieren (vgl. Becker/Jäger 2012, Drahokoupil/Myant 2012).

Ganz grundsätzlich gibt es also offensichtliche Verbindungen zwischen der Kritischen Politischen Ökonomie und dem Postkeynesianismus, vor allem in Bezug auf das Verständnis der Krise, allerdings sind der Fokus und die spezifischen Erklärungen unterschiedlich. Beide Ansätze bieten damit wichtige, aber unterschiedliche Konzepte, um die ungleiche Natur der kapitalistischen Entwicklung und ihrer Krisen zu analysieren.

4. Krise aus AkteurInnenperspektive und Genderaspekte

Während im Allgemeinen der Postkeynesianismus zeigt, „was falsch ist“ mit der europäischen Wirtschaft und wie diese sein sollte, um ein stabiles Wirtschaftswachstum zu erreichen (vgl. Springler 2013), erklärt die Kritische Politische Ökonomie, warum dies nicht geschieht und unter welchen Bedingungen es passieren könnte. Innerhalb der postkeynesianischen Perspektive, insbesondere in jenem Strang mit einem starken Fokus auf Kalecki (1943), kann verstanden werden, warum der Krise nach 2010 in einer anti-keynesianischen Art und Weise begegnet wurde. Die Politiken führten zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit und damit zu einer Stärkung von KapitalistInnen gegenüber Lohnabhängigen. Ergänzend dazu betont die Kritische Politische Ökonomie, dass sich ein abstraktes Klasseninteresse nicht automatisch in ein Klassenhandeln umwandelt, sondern dies immer vermittelt erfolgt. Außerdem weist die Kritische Politische Ökonomie auf einige zusätzliche ökonomische Aspekte, wie die materielle Dimension des Wirtschaftswachstums oder die Rolle der Industrie und des Produktivitätswachstums für Entwicklung hin. Auf europäischer Ebene muss daher die Frage behandelt werden, wie Produktivität auch in der Peripherie erhöht werden kann. Neo-liberale Strategien sind dort in vielen Fällen gescheitert. Im Gegensatz zum Postkeynesianismus argumentiert die Kritische Politische Ökonomie, dass Wachstum zwar kein Endziel sein soll, jedenfalls aber ein Mittel für emanzipatorische Strategien, die auf die Verringerung der Machtasymmetrien abzielen, sein kann. Aber auch in einer postkeynesianischen Perspektive wird Einkommenspolitik, die ArbeitnehmerInnen und untere Einkommensgruppen begünstigt, als vorteilhaft für das Wirtschaftswachstum verstanden. Gegenmaßnahmen, wie Sparprogramme, können zu einer noch tieferen Rezession führen (vgl. z.B. Ederer/Reschenhofer, 2014) und entsprechend die Lebenssituation weiter Teile der Lohnabhängigen sehr negativ treffen.

Es gibt einen weiteren wichtigen Unterschied zwischen der Art, wie die Kritische Politische Ökonomie und der Postkeynesianismus die Krise verstehen: Während postkeynesianische Perspektiven vor allem auf die ökonomische Dimension der Krise fokussieren, also auf die wirtschaftliche Rezession oder Stagnation, weist die Kritische Politische Ökonomie auf die vielfältigen Dimensionen der Krise hin. Dazu zählen etwa politische Krisen oder institutionelle Krisen der Integration. Historisch gesehen war eine Krise wie die der 1970er Jahre, die den Endpunkt des Fordismus markiert, ein Wendepunkt in der europäischen Integration (vgl. Ziltener 1999). Während der Neoliberalismus das Leitprinzip für die spätere europäische Integration war und die Existenz von finanzdominierten Akkumulationsregimen zusammen mit der neomerkantilistischen Exportorientierung das Ergebnis der Krise des Fordismus war, sind die neoliberalen Akkumulationsstrategien heute in der Krise. Die neoliberale Regulation hat dabei zu einem Transfer von Regulierungen von der nationalen auf die EU-Ebene und zu geänderten Klassenbeziehungen geführt (Gough 2004). Davon waren vor allem das Lohnverhältnis und die nationalen Wohlfahrtsregime betroffen. Sowohl die Kritische Politische Ökonomie als auch der Postkeynesianismus bestehen darauf, dass die makroökonomische Koordination und ein besseres Verständnis der Lohnpolitik notwendig sind, aber letzterer unterlässt eine Analyse der Klassen- und Machtverhältnisse in ihren unterschiedlichen Dimensionen.

Aus einer Geschlechterperspektive ist der Krisenbegriff zudem weiter auszuweiten: Denn tatsächlich zeigen sich aktuell so genannte „Zweitrundeneffekte“ der Wirtschaftskrise, vor allem aufgrund der in ganz Europa stattfindenden Sparprogramme, die gerade in der Peripherie nachgeschärft werden. Staatliche Ausgaben gehen wegen der Verschuldung und private Ausgaben wegen sinkender Beschäftigung zurück. Frauen und ihre unbezahlten Care-Tätigkeiten sind da als „soziale Air Bags“ gefragt, die mit unbezahlter Arbeit Lohnkürzungen, aber auch das Schrumpfen öffentlicher Leistungen abfedern sollen. Es sind vor allem die Frauen, die die überproportionale Last von Krisen tragen, denn sie verlieren nicht nur ihren Job, sondern müssen auch die Güter und Dienstleistungen ersetzen, die nicht mehr auf dem Markt gekauft werden können oder vom Staat – aufgrund von Budgetkonsolidierungen – nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Während Wirtschaftskrisen, besonders in den exportorientierten europäischen Ländern, zuerst zu einem starken Anstieg der Männerarbeitslosigkeit führen, drehte sich in der aktuellen Krise das Bild nach einiger Zeit, so stieg auch die weibliche Arbeitslosigkeit in der EU (wieder) an. Von Beginn an wurde die Krise als „Männer-Rezession“ beschrieben, Geschlechterunterschiede als Verluste von Männern und Gewinne von Frauen thematisiert und damit zweierlei ausgeblendet, nämlich dass die Diskurse um die „männliche Krise“ als normativen Bezugspunkt den fordistischen männlichen Haupternährer einer Familie haben und dass andere soziale Ungleichheiten wie Klassenzugehörigkeit oder ethnische Herkunft de-thematisiert werden.

Die ansteigende Arbeitslosigkeit führt zum Rückgang der verfügbaren Einkommen vieler Menschen und dadurch auch zu einem entsprechenden Entfall der Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen. Damit sind besonders der Einzelhandel und der Dienstleistungssektor, in denen verstärkt Frauen arbeiten, betroffen. Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen sowie Anstrengungen, den öffentlichen Sektor zu verkleinern – wenn es ums Bedienen von Staatsschulden geht – verschärfen die Situation. Der Stellenabbau im öffentlichen Bereich trifft Frauen im Allgemeinen stark. Zudem gilt es, die zunehmend fehlenden sozialen Transfers, öffentlichen Güter und Dienstleistungen durch unbezahlte Arbeit (von Frauen) zu kompensieren. Die Rücknahme öffentlicher Angebote in Zeiten knapper

Kassen bedeutet dabei einen doppelten Verlust: Verhinderung weiblicher Erwerbsintegration und Reduzierung von Frauen-Arbeitsplätzen (Mader/Schlager 2012: 17f, Wichterich 2010: 181).

Eine Überblicksstudie der OECD zu den Budgetkonsolidierungen bietet einen Einblick in die derzeitigen Entwicklungen: Im Finanzsektor wurden in sieben Staaten budgetäre Maßnahmen (z. B. die Einführung einer Bankenabgabe) implementiert. Im Gegenzug ist zu sehen, dass 18 von 29 untersuchten Staaten ihre Sozialausgaben kürzen, bei den Gesundheitsausgaben wird in der Hälfte der Staaten gespart. Zusätzlich hatten 15 Staaten vor, bei öffentlichen Bediensteten oder Gehältern Kürzungen vorzunehmen. Hohen Personalabbau gibt es besonders in Großbritannien und Irland. Die stärksten Lohnkürzungen waren in Großbritannien, Tschechien, Irland Griechenland, Ungarn und Portugal vorgesehen (OECD 2011b: 45f).

Ganz grundsätzlich ist eine Egalisierung der Geschlechterverhältnisse durch die Finanz- und Wirtschaftskrise oder das Krisenmanagement sehr unwahrscheinlich. Vielmehr ist eine Fortschreibung und Verfestigung von Geschlechterungerechtigkeiten zu verzeichnen. Jedenfalls ist wesentlich festzuhalten, dass Finanz- und Wirtschaftskrisen erhebliche Einschränkungen zur Folge haben. Der Verlust eines Arbeitsplatzes, sinkendes oder fehlendes Einkommen und Vermögen, auch wenn dies nur für kurze Zeit passiert, können langfristige Konsequenzen für das Wohlergehen der Menschen haben. Sparprogramme und Kürzungen öffentlicher Ausgaben im Bereich Gesundheit, Bildung etc. haben ähnliche Wirkungen. Abgesehen davon zeigte sich, dass die Krise eine geeignete Entschuldigung war, um die Gleichstellung der Geschlechter hintanzustellen. Gleichstellungsforderungen wurden oft mit dem Verweis auf die Wirtschaftskrise und deren Kosten in der Prioritätenliste nach hinten gereiht.

5. Schlussfolgerungen

Schlussfolgernd kann festgehalten werden, dass die Kritische Politische Ökonomie Wirtschaft als Teil der Gesellschaft versteht, womit Wirtschaft und Politik untrennbar miteinander verbunden sind. Der Postkeynesianismus fokussiert hingegen auf die Analyse ökonomischer Beziehungen und abstrahiert von der gesellschaftlichen Grundlage der Ökonomie und damit von politischen Prozessen. So konzentriert sich der Postkeynesianismus auf einzelne ökonomische Mechanismen, die Auswirkungen von Institutionen und der Wirtschaftspolitiken. Er zeigt, wie Probleme – die in der Kritischen Politischen Ökonomie häufig als strukturelle Widersprüche verstanden werden (wie mangelnde Nachfrage oder Überakkumulation) – durch angemessene institutionelle Regelungen überwunden werden können. In der Regel ist der Postkeynesianismus optimistischer, dass die richtigen Maßnahmen und Institutionen – und nicht die falsche neoklassischen Politik – durch wohlwollende PolitikerInnen und Wirtschaftspolitiken erreicht werden können. Im Gegensatz dazu argumentiert die Kritische Politische Ökonomie, dass nicht primär das Fehlen der richtigen wirtschaftlichen Ideen das Hauptproblem darstellt. Vielmehr sind es die entsprechenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die dazu führen, dass gewünschte Politiken nicht implementiert werden. Damit gilt Wirtschaftspolitik und die wirtschaftliche Entwicklung als eine politische und keine „technische“ Frage. Während sich die Perspektiven der Kritischen Politischen Ökonomie und des Postkeynesianismus zwar unterscheiden, können sie kombiniert werden, um die Wurzeln und die Dynamiken der Krise besser als herkömmliche Herangehensweisen im Mainstream zu verstehen. Dabei ist es vor allem wichtig, auf die Auswirkungen ungleicher Entwicklung und auf die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie zu fokussieren. Auch für mögliche Wege aus der Krise gilt, dass die dargelegte

Perspektive – fokussierend auf unterschiedliche ökonomische Interessengruppen – von zentraler Bedeutung ist. Überdies konnten wir auch zeigen, dass die Einbeziehung der Geschlechterperspektive wichtig ist, da damit eine vollständigere Analyse der aktuellen Krise und der unterschiedlichen Betroffenheit gezeichnet werden kann.

6. Literatur

Auerback, M. / McCulley, P. / Parenteau, R.W. (2010): What would Minsky do? In: Papadimitriou, D. / Wray, R. (eds.): The Elgar Companion to Hyman Minsky. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, p.117-133.

Austen, S. / Jefferson, T (2010): Feminist and post-Keynesian economics: challenges and opportunities. Cambridge Journal of Economics 34 (6), p.1105-1107.

Becker, J. / Jäger, J. (2012): Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism. Competition & Change 16 (3), p.169-187.

Bieling, H.-J. (2013): European Financial Capitalism and the Politics of (De-)financialization. Competition & Change 17 (3), p.283-298.

Boyer, R. / Saillard, Y. (eds.) (2002): Régulation Theory. The State of the Art. London: Routledge.

Brown, A. / Fleetwood, S. / Roberts, J.M. (eds.) (2002): Critical Realism and Marxism. London: Routledge.

Bruff, I. (2011): What about the Elephant in the Room? Varieties of Capitalism, Varieties in Capitalism. New Political Economy 16 (4), p.481-500.

Bruff, I. (2014): The Rise of Authoritarian Neoliberalism. Rethinking Marxism 26 (1), p.113-129.

Cafruny, A. W. / Ryner, J. M. (2007): Europa at Bay. In the Shadow of US Hegemony. London: Lynne Rienner Publ..

Clévenot, M. (2011) : Post-keynésianisme et théorie de la régulation : des perspectives communes. Revue de la Régulation 10 (2).

Cox, R. (1981): Social Forces, States, and World Orders. Millennium - Journal of International Studies 10 (2), p.126-155.

Davidson, P. (2002): Financial Markets, Money and the Real World. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Demirovic, A. (2005): Die Perspektive der vernünftigen Gesellschaft. PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 35 (4), 479-496.

Dow, S. (2006): Endogenous money: structuralist. In: Arestis, P. / Sawyer, M. (eds.): A Handbook of Alternative Monetary Economics. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, p.35-51

Drahokoupil, J. / Myant, M. (2012): The European sub-prime? financial crisis and the east-European periphery. In: Petros N. / Overbeek, H. / Tsolakis A. (eds.): Globalisation and European Integration. Critical approaches to regional order and international relations. Oxon: Routledge.

Eckhard, H. / Truger, A. (2012/2013): Finance-dominated capitalism in crisis - the case for a global Keynesian New Deal. Journal of Post Keynesian Economics. 35 (2). p.187-213.

Ederer, St. / Reschenhofer, P. (2013): Macroeconomic Imbalances in the EU. Working Paper No 42. WWW for Europe [online] Available from http://www.foreurope.eu/fileadmin/documents/pdf/Workingpapers/WWWforEurope_WPS_no042_MS71.pdf. (1st June 2014)

Epstein, G.A. ed. (2005): Financialization and the World Economy. Cheltenham: Edward Elgar.

Erturk, I. / Froud, J. / Johal, S. / Leaver, A. / Williams, K. (2008): Financialization at Work. London: Routledge.

EuroMemoGroup (2014): EuroMemorandum 2014. The deepening divisions in Europe and the need for a radical alternative to EU policies. http://www2.euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum_2014.pdf (1st June 2014)

Evans, T. (2004): Marxian and post-Keynesian theories of finance and the business cycle. Capital & Class (83), p.47-100.

Gnos, C. (2006): French Circuit theory. In: Arestis, P. / Sawyer, M. (eds.): A Handbook of Alternative Monetary Economics. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, p.87-104

Guttmann, R. (2008): A primer on finance-led capitalism and its crisis. Revue de la Régulation (3/4).

Hicks, J.R. (1937): Mr. Keynes and the "Classics"; A Suggested Interpretation. Econometrica 5(2). p.147-159.

Jäger, J. / Springler, E. (2012): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Wien: Mandelbaum.

Jessop, B. / Sum, N.-L. (2001): Pre-Disciplinary and Post-Disciplinary Perspectives in Political Economy. New Political Economy 6 (1), p.89-101.

Jessop, B. / Sum, N.-L. (2006): Beyond the Regulation Approach. Putting Capitalist Economies in their Place. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Kalecki, M. (1943): Political Aspects of Full Employment. Political Quarterly 14, p.322-331.

Keynes, J.M. (1930): Economic Possibilities for our Grandchildren. In: Keynes J. M. [1963] Essays in Persuasion, New York: W.W.Norton & Co., p.358-373.

King, J.E. (2002): A History of Post Keynesian Economics Since 1936. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Kitromilides, Y. (2011): Deficit reduction, the age of austerity, and the paradox of insolvency. Journal of Post Keynesian Economics. 33 (3). p.517-535.

Kotz, D.M. (1994): The Regulation Theory and the Social Structure of Accumulation Approach. In: Kotz, D.M. / McDonough, T. / Reich. M. (eds.): Social Structures of Accumulation. The Political Economy of Growth and Crisis. Cambridge/MA: Cambridge Univ. Pr. p.85-98.

Lapavitsas, C. (ed., 2013): Financialization in Crisis. Chicago: Haymarket Books.

Lavoie, M. (2006): Endogenous money: accomodationist. In: Arestis, Ph. / Sawyer, M. (eds.): A Handbook of Alternative Monetary Economics. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.p.17-34.

Lawson, T. (1999): Connections and distinctions. Post Keynesianism and critical realism. Journal of Post Keynesian Economics 22 (1), p.3-14.

Mader K. / Schlager, Ch. (2012): Gender budgeting – a feminist strategy to increase gender equality? Achievement of objectives and effectiveness by way of example of Austria, Paper für die IAFFE Annual Conference, 27.-29.6.2012, Barcelona.

McDonough, T. / Reich, M. / Kotz, D. M. (eds. 2010): Contemporary Capitalism and Its Crises. Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century. Cambridge/MA: Cambridge Univ. Pr.

Minsky, H. (1982): Can "it" Happen Again? In: Minsky H.: Can "it" happen again? Essays on Instability and Finance. New York: M. E. Sharpe, p.3-13. [reprint from Carson, D. (ed.) (1963): Banking and monetary Studies. Homewood: Irwin, p.101-111.]

Minsky, H. (1992): The Financial Instability Hypothesis. Working Paper No. 74. The Jerome Levy Institute.

Minsky, H. (2008 [1986]): Stabilizing an Unstable Economy. New York et al: Mc Graw Hill.

Nousios, P. / Overbeek, H. / Tsolakis, A. (eds.): Globalization and European Integration. Critical Approaches to Regional Order and International Relations. Oxon: Routledge.

Nousios, P. / Overbeek, H. / Tsolakis, A. (2012): Globalisaiton and European integration. The nature of the beast. In: Nousios, P. / Overbeek, H. / Tsolakis, A (eds.): Globalization and European Integration. Critical Approaches to Regional Order and International Relations. Oxon: Routledge. p.3-32.

OECD (2011a): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. Paris: OECD.

OECD (2011b): Restoring Public Finances, Special Issue of the OECD Journal on Budgeting, Vol. 2011/2, Paris.

Overbeek, H. (2012): Sovereign Debt Crisis in Euroland: Root, Causes and Implications for European Integration. The International Spectator: Italian Journal of International Affairs 47 (1), p.30-48.

Palley, Th. (2003): Asset Price Bubbles and the Case for Asset Based Reserve Requirements. Challenge. 46 (3), p.53-72.

Realfonzo, R. (2006): The Italian circuitist approach. In: Arestis, P. / Sawyer, M. (eds.): A Handbook of Alternative Monetary Economics. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar. p.105-120.

Robinson J. (1962): Review: Money, Trade and Economic Growth. Ed. by J. G. Johnson. The Economic Journal. 72. No. 287, p.690-692.

Ryner, M. (2012): Financial Crisis, Orthodoxy and Heterodoxy in the Production of Knowledge about the EU. Millennium - Journal of International Studies 40 (3), p.647-673.

Snowdon B. / Vane, H. (2005): Modern Macroeconomics, Its Origins, Development and Current State. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Soukiazis, E. / Cerqueira, P. A. / Antunes, M. (2013/2014): Growth rates constrained by internal and external imbalances and the role of relative prices: empirical evidence from Portugal. Journal of Post Keynesian Economics. 36 (2). p.275-298.

Stockhammer, E. (2008): Some Stylized Facts on the Finance-Dominated Accumulation Regime. Competition and Change 12 (2), p.184-202.

Thirlwall, A.P. (2003): Trade, the Balance of Payments and Exchange Rate Policy in Developing Countries. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Van Apeldoorn, B. / Drahokoupil, J. / Laura, H. (eds., 2009): Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance. From Lisbon to Lisbon. Houndmills: Palgrave Macmillan.

Van Staveren, I. (2010): Post-Keynesianism meets feminist economics. Cambridge Journal of Economics 34 (6), p.1123-1144.

Wichterich, C. (2010): Geschlechteranalysen und -diskurse in der Krise. Peripherie 118/119, 30, 164-187.

Working Papers und Studien der Fachhochschule des bfi Wien

Studien 2014

Roman Anlanger / Luis Barrantes / Wolfgang A. Engel / Roland J. Schuster / Gregor Weiche: Technischer Vertrieb. Panelstudie 2014. Status quo des technischen Vertriebs. Wien Mai 2014

2013 erschienene Titel

Working Paper Series No 79
Karin Brünnemann: The strategic importance of intercultural competency for project managers in the 21st century. Wien Jänner 2013

Working Paper Series No 80
Marcus Kliaras / Matthias Maurer: Spread Risk und Solvency II. Vergleich internes Modell vs. Standardansatz. Wien März 2013

Working Paper Series No 81
Patrick Burger / Marcus Kliaras: Jump Diffusion Models for Option Pricing vs. the Black Scholes Model. Wien Mai 2013

Working Paper Series No 82
Peter Sturm: Modelle, Normen und Methoden des Qualitätsmanagements und ihre Praktikabilität für die hochschulische Qualitätssicherung. Wien November 2013

2012 erschienene Titel

Working Paper Series No 68
Wolfgang Aussenegg / Christian Cech: A new copula approach for high-dimensional real world portfolios. Wien Jänner 2012

Working Paper Series No 69
Roland J. Schuster: Aus der Praxis für die Praxis: Didaktik Best Practice aus dem Studiengang TVM. Praxisbeispiele zum LV-Typ Projekt(arbeit). Wien März 2012

Working Paper Series No 70
Björn Weindorfer: QIS5: A review of the results for EEA Member States, Austria and Germany. Wien Mai 2012

Working Paper Series No 71
Björn Weindorfer: Governance under Solvency II. A description of the regulatory approach and an introduction to a governance system checklist for the use of small insurance undertakings. Wien August 2012

Working Paper Series No 72
Johannes Jäger: Solvency II. Eine politökonomische Perspektive auf die europäischen Regulierungen im Versicherungssektor. Wien Juli 2012

Working Paper Series No 73
Silvia Helmreich: Solvency II. Derzeitige und künftige Anforderungen an das Meldewesen der Versicherungen. Wien August 2012

Working Paper Series No 74
Christian Cech: Die Eigenmittelanforderungen an Versicherungen im Standardansatz von Solvency II. Wien September 2012

Working Paper Series No 75
Christian Steinlechner: Konzept zur Datenhaltung für Forschungszwecke. Wien Oktober 2012

Working Paper Series No 76
Alois Strobl: Immobilienindizes als Zeitreihe und als Funktion makroökonomischer Variablen. Wien Oktober 2012

Working Paper Series No 77
Björn Weindorfer: A practical guide to the use of the chain-ladder method for determining technical provisions for outstanding reported claims in non-life insurance. Wien Oktober 2012

Working Paper Series No 78
Axel Zugschwert: Avatare und soziale Kompetenz von ProjektleiterInnen in globalen virtuellen Projektteams. Wien November 2012

Studien 2012

Roman Anlanger / Luis Barrantes / Gerhard Karner: Vertriebscontrolling. Wissenschaftliche Studie 2012. Status quo des Vertriebscontrolling. Wien April 2012

Roland J. Schuster: Schriften zur Interventionswissenschaft. Wien April 2012

Elisabeth Kreindl / Gerhard Ortner / Iris Schirl: Outsourcing von Projektmanagement-Aktivitäten. Wien März 2012

2011 erschienene Titel

Working Paper Series No 63
Roland J. Schuster: Zur Methode der psychoanalytischen Organisationsbeobachtung. Wien Juli 2011

Working Paper Series No 64
Björn Weindorfer: Solvency II. Eine Übersicht. Wien August 2011

Working Paper Series No 65
Elisabeth Brunner-Sobanski: Internationalisierung und berufsbegleitendes Studieren. Wien August 2011

Working Paper Series No 66
Roland J. Schuster / Anton Holik / Edgar Weiss: Aus der Praxis für die Praxis – Didaktik Best Practice aus dem Studiengang TVM – Teamteaching. Wien Dezember 2011

Working Paper Series No 67
Grigori Feiguine: Versicherungswirtschaft in Russland. Chancen und Risiken der ausländischen Unternehmen auf dem russischen Versicherungsmarkt. Wien Dezember 2011

Studien 2011

Elke Holzer / Rudolf Stickler: Die österreichische Versicherungswirtschaft. Struktur, Wirtschaftlichkeit und Entwicklung. Wien April 2011

Elisabeth Kreindl / Ina Pircher / Roland J. Schuster: Ein kritischer Blick auf die (Un)Tiefen des Begriffs *Kultur* im Projektmanagement. Wien Dezember 2011

2010 erschienene Titel

Working Paper Series No 58
Grigori Feiguine: Einflüsse der internationalen Finanzkrise auf den Finanzsektor Russlands. St. Petersburg 2010

Working Paper Series No 59
Johannes Jäger: Bankenregulierung in der Krise. Wien April 2010

Working Paper Series No 60
Günter Strauch: Gibt es Zwilligskompetenzen? Untersuchung 2010 mit dem KODE® System. Wien September 2010

Working Paper Series No 61
Elisabeth Kreindl: Virtuelle Arbeitsumgebungen. Zukünftige Arbeitswelten von geographisch verteilten Projektteams?. Wien Dezember 2010

Working Paper Series No 62
Ina Pircher: Motivationsfördernde Maßnahmen und Anreizsysteme für Projektpersonal an Hochschulen am Beispiel der Fachhochschule des bfi Wien. Wien Dezember 2010

Studien 2010

Wolfgang A. Engel / Roman Anlanger / Thomas Benesch: Technischer Vertrieb. Panelstudie 2010. Status quo des technischen Vertriebs. Wien Mai 2010

2009 erschienene Titel

Working Paper Series No 54
Mario Lehmann / Christoph Spiegel: Analyse und Vergleich der Projektmanagement-Standards von OGC, pma sowie PMI. Wien April 2009

Working Paper Series No 55
Nathalie Homlong / Elisabeth Springler: Attractiveness of India and China for Foreign Direct Investment: A Scoreboard Analysis. Wien Juni 2009

Working Paper Series No 56
Thomas Wala / Barbara Cucka / Franz Haslehner: Hohe Manager/innengehälter unter Rechtfertigungsdruck. Wien Juni 2009

Working Paper Series No 57
Thomas Wala / Franz Haslehner: Unternehmenssteuerung in der Krise mittels Break-Even-Analyse. Wien Dezember 2009

Studien 2009

Roman Anlanger / Wolfgang A. Engel: Technischer Vertrieb. Panelstudie 2009. Status quo des technischen Vertriebs. Wien Juli 2009

2008 erschienene Titel

Working Paper Series No 42
Thomas Wala / Franz Haslehner: Was ist eine Diplomarbeit? Wien Februar 2008

Working Paper Series No 43
Vita Jagric / Timotej Jagric: Slovenian Banking Sector Experiencing the Implementation of Capital Requirements Directive. Wien Februar 2008

Working Paper Series No 44
Grigori Feiguine / Tatjana Nikitina: Die Vereinbarung Basel II – Einflüsse auf den russischen Finanzsektor. Wien Februar 2008

Working Paper Series No 45
Johannes Rosner: Die Staatsfonds und ihre steigende Bedeutung auf den internationalen Finanzmärkten. Wien März 2008

Working Paper Series No 46
Barbara Cucka: Prävention von Fraudhandlungen anhand der Gestaltung der Unternehmenskultur – Möglichkeiten und Grenzen. Wien Juni 2008

Working Paper Series No 47
Silvia Helmreich / Johannes Jäger: The Implementation and the Consequences of Basel II: Some global and comparative aspects. Wien Juni 2008

Working Paper Series No 48
Franz Tödtling / Michaela Trippl: Wirtschaftliche Verflechtungen in der CENTROPE Region. Theoretische Ansätze. Wien Juni 2007

Working Paper Series No 49
Andreas Breinbauer / August Gächter: Die Nutzung der beruflichen Qualifikation von Migrantinnen und Migranten aus Centrope. Theoretische Analyse. Wien Juni 2007

Working Paper Series No 50
Birgit Buchinger / Ulrike Gschwandtner: Chancen und Perspektiven für die Wiener Wirtschaft im Kontext der Europaregion Mitte (Centrope). Ein transdisziplinärer Ansatz zur Regionalentwicklung in der Wissensgesellschaft. Eine geeschlechtsspezifische Datenanalyse. Wien Februar 2008

Working Paper Series No 51
Johannes Jäger / Bettina Köhler: Theoretical Approaches to Regional Governance. Theory of Governance. Wien Juni 2007

Working Paper Series No 52
Susanne Wurm: The Economic Versus the Social & Cultural Aspects of the European Union. Reflections on the state of the Union and the roots of the present discontent among EU citizens. Wien September 2008

Working Paper Series No 53
Christian Cech: Simple Time-Varying Copula Estimation. Wien September 2008

Studien 2008

Michael Jeckle: Bankenregulierung: Säule II von Basel II unter besonderer Berücksichtigung des ICAAP. Wien Juli 2008

Alois Strobl: Pilotstudie zu: 1. Unterschiede im Verständnis des Soft Facts Rating zwischen Banken und Unternehmen und 2. Unterschiede im Verständnis der Auswirkungen des Soft Facts Rating zwischen Banken und Unternehmen in Österreich. Wien Juli 2008

Roman Anlanger / Wolfgang A. Engel: Technischer Vertrieb Panelstudie 2008. Aktueller Status-quo des technischen Vertriebes. Wien Juli 2008

Andreas Breinbauer / Franz Haslehner / Thomas Wala: Internationale Produktionsverlagerungen österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Wien Dezember 2008

Fachhochschule des bfi Wien Gesellschaft m.b.H.
A-1020 Wien, Wohlmutstraße 22
Tel.: +43/1/720 12 86
Fax.: +43/1/720 12 86-19
E-Mail: info@fh-vie.ac.at
www.fh-vie.ac.at

IMPRESSUM: Fachhochschule des bfi Wien Gesellschaft m.b.H.
Alle: A-1020 Wien, Wohlmutstraße 22, Tel.: +43/1/720 12 86